
1678/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 21.09.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Martina Schenk, Ursula Haubner
und Kollegen
betreffend bessere Vernetzung von Frauen- und Familienberatungseinrichtungen in Form von
Kompetenzzentren

In Österreich gibt es über 390 Familien- und Partnerberatungsstellen von unterschiedlichsten Trägerorganisationen, die aus dem Budget des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend gefördert werden. Neben der Beratung in Krisensituationen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe bieten diese Stellen auch Information und präventive Aufklärungsarbeit an.

Parallel dazu gibt es 43 geförderte Stellen bundesweit, die durch die Frauensektion im Bundeskanzleramt finanziert werden, das BKA möchte damit Aktivitäten und Maßnahmen zur Sicherstellung der Information, Beratung und Betreuung von Frauen und Mädchen unterstützen, sowie frauenspezifische Leistungen im Sinne der Gleichstellung und Chancengleichheit fördern.

Durch die Berichte, die in den beiden parlamentarischen Ausschüssen, einerseits im Familienausschuss, andererseits im Gleichbehandlungsausschuss präsentiert werden, ist uns die wichtige Arbeit, die in diesen Beratungsstellen geleistet wird und die wir sehr schätzen, durchaus bekannt.

Allerdings sprechen wir uns für eine Vereinfachung der Betreuungslandschaft in Österreich aus, einerseits aus verwaltungstechnischen Gründen und andererseits aus einem noch viel wichtigerem Grund: denjenigen, die Beratung suchen und in Anspruch nehmen wollen, soll der Zugang zur Hilfe und Unterstützung vor allem in Notsituation so einfach und rasch wie nur möglich angeboten werden.

Im Sinne einer besseren Betreuung, eines besseren Service und einer raschen und effizienten Hilfe aller Informations- und Hilfesuchenden, aber auch im Sinne einer verwaltungstechnischen Vereinfachung und damit eines enormen Einsparungspotentials, sollten Frauen- und Familienberatungseinrichtungen in Form von Kompetenzzentren organisiert werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, dafür Sorge zu tragen, dass Modelle von

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Kompetenzzentren entwickelt werden und ein Pilotprojekt in einem Bundesland initiiert wird, sodass Hilfesuchenden in Notsituationen so rasch wie möglich geholfen werden kann.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss beantragt.

Wien, am 21.09.2011